

Das Virus und die Schulden. Die wirtschaftliche Verantwortung des Staates in seltsamen Zeiten und darüber hinaus

Georg Tafner

Der Beitrag geht der Frage nach, welche wirtschaftliche Verantwortung der Staat beim Schuldenmachen übernimmt und welche wirtschaftlichen und rechtlichen Dimensionen bedacht werden sollten. Das sind fachliche und normative Fragen, die im Kontext der Pandemie von besonderer Bedeutung sind. Die „aktuellen rigorosen, massiv und flächendeckend freiheitsbeschränkenden staatlichen Maßnahmen“¹ sind notwendig, führen aber zu vielen Konflikten, die auch finanzieller Natur sind. Die Frage der Staatsverschuldung und damit die Frage der wirtschaftlichen Verantwortung des Staates wird abhängig vom Gesellschafts- und Wirtschaftsverständnis unterschiedlich beantwortet. Der Beitrag möchte einige wesentliche Aspekte aufgreifen und zum Nachdenken über vermeintliche Selbstverständlichkeiten anregen.

1. Staat und Verantwortung

Der Staat besteht – so Georg Jellinek² – aus einem Staatsvolk, einem Territorium und einer Staatsmacht. Im 21. Jahrhundert steht er auf vier Standbeinen:³ 1) Er ist ein Verwaltungs- und Steuerstaat. 2) Er ist ein Territorialstaat, der als Mitgliedstaat der EU Teile seiner Souveränität abgibt oder teilt. 3) Er ist ein Nationalstaat, der in der EU in eine *postnationale Konstellation* eingebunden, an einer *Multi-Level-Governance* teilnimmt. 4) Er ist ein Rechts- und Sozialstaat, dessen Basis die Grund- und Menschenrechte und die demokratischen Grundhaltungen seiner Bürger*innen sind, die er nicht verordnen kann, sondern auf die er verlässlich zurückgreifen können muss. Der Staat baut also auf Voraussetzungen, die er selbst nicht

1 Deutscher Ethikrat, Solidarität und Verantwortung, 2.

2 Vgl. Jellinek, Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte.

3 Vgl. Habermas, Postnationale Konstellation.

schaffen kann (*Böckenförde-Theorem*). So wie der Staat lebt auch die Wirtschaft von Voraussetzungen, die sie selbst nicht produzieren kann.⁴

„Verantwortung lässt sich grundsätzlich definieren als das Einstehen eines Akteurs für die Folgen seiner Handlungen in Relation zu einer geltenden Norm.“⁵ Ein solcher Akteur kann die einzelne Person, aber auch ein Kollektiv wie der Staat sein. Geltende Normen sind Institutionen wie Rechtsvorschriften, Moral und Selbstverständlichkeiten.⁶ Sie sind wesentliche und dauerhafte Regeln, welche unser kollektives und individuelles Leben strukturieren und Leitlinien für unser Handeln sind. Vor dem Gesetz haben wir eine rechtliche Verantwortung in zweierlei Hinsicht: Erstens haben wir die politische Verantwortung, an neuen Gesetzen mitzuarbeiten. Zweitens haben wir die Verpflichtung, demokratisch legitimierte Gesetze auch einzuhalten. Dazu kommt auch eine moralische. Die grundsätzliche Fähigkeit zur Verantwortung

[...] beruht darauf, dass Akteure über einen Grundbestand an ethischen Werten, sozialen Einstellungen und politischen Orientierungen verfügen, die sie in die Lage versetzen, eigenständige Urheber ihrer Handlungen zu sein und sich mit ihren Konsequenzen auseinanderzusetzen.⁷

Da der Mensch ein geistiges und materielles Wesen ist, benötigt er Mittel wie Güter und Dienstleistungen, damit er leben und sich verwirklichen kann. Wenn die Pandemie die Versorgung mit Mitteln erschwert, greift der moderne Staat ein und setzt Maßnahmen, welche finanziert werden müssen.

2. Unterschiedliche Vorstellungen von Wirtschaft

Wie Schulden und insbesondere Staatsschulden bewertet werden, hängt von wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Vorstellungen ab. Grundsätzlich kann zwischen der lebensweltlichen Ökonomie und der wissenschaftlichen Ökonomik unterschieden werden. Beide beeinflussen sich gegenseitig, denn der Untersuchungsgegenstand der Ökonomik richtet sich nach lebensweltlichen Themen und die lebensweltliche Ökonomie

4 Vgl. Neuhold, Momente der Krise, 25.

5 Heidbrink, Definitionen und Voraussetzungen, 5.

6 Vgl. Scott, Institutions and organizations.

7 Heidbrink, Definitionen und Voraussetzungen, 25.

versucht die Modelle und Theorien der Ökonomik umzusetzen. „Die Ideen von Ökonomen und Philosophen, seien sie richtig oder falsch, sind mächtiger, als gemeinhin angenommen. Tatsächlich wird die Welt nur von wenig mehr beherrscht.“⁸ So wirkt die wissenschaftliche Ökonomik auf die lebensweltliche Ökonomie – also auf unser wirtschaftliches Denken und damit auf unsere Vorstellungen von Wirtschaft. Die lebensweltliche Vorstellung von Wirtschaft hängt darüber hinaus von der eigenen Weltanschauung, dem eigenen sozioökonomischen Status, der Situation und der eigenen Perspektive ab. So wird ein vermögender Mensch anders über Wirtschaft denken als ein Arbeitsloser, ein Unternehmer anders als eine Arbeitnehmerin, eine Gewerkschafterin anders als ein Unternehmensvertreter. Es gibt also unterschiedliche ökonomische Theorien einerseits und unterschiedliche lebensweltliche Sichtweisen auf Wirtschaft andererseits – Wirtschaft und Wirtschaften sind somit plural.⁹ Aber es herrscht ein Mainstream vor.

2.1 *Der Mainstream*

Im Mainstream der Ökonomik wird Wirtschaften als eine Methode verstanden, welche Wirtschaften als ein zweckrationales Handeln versteht, um Alternativen anhand der Relation von Zweck und Ziel zu berechnen.¹⁰ Zwecke (Output) und Mittel (Input) sind dann effizient, wenn entweder bei gegebenem Output der minimalste Input oder bei gegebenem Input der maximalste Output erzielt wird. Dieses ökonomische Prinzip führt zur Eigennutzmaximierung im Sinne der Nutzen- und Gewinnmaximierung. Ökonom*innen sind sich bewusst, dass es noch weitere Kriterien gibt, die das wirtschaftliche Handeln mitbestimmen.¹¹

Wird das ökonomische Prinzip zur Erklärung menschlichen Verhaltens schlechthin – wie dies bei Gary Becker¹² der Fall ist –, dann tut sich eine

8 Keynes, General Theory of Employment, 383.

9 Vgl. Tafner, Pluralismus, erscheint 2021.

10 Vgl. Robbins, Essay, 16.

11 „Natürlich ist sich die ökonomisch zentrierte Betriebswirtschaftslehre der Einseitigkeit ihres Vorgehens bewusst. Natürlich weiß der Ökonom um die technischen, medizinischen, psychologischen oder sozialen Implikationen betrieblichen Handelns. Die wissenschaftliche Durchdringung dieser Tatbestände überlässt er aber seinen Kollegen aus den Nachbarwissenschaften, weil er diesen höhere Fachkompetenz zubilligt.“ Wöhre/Döring, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 8.

12 Vgl. Becker, Der ökonomische Ansatz.

ökonomistische Perspektive auf. Diese Vorstellung kann sich mit einer dualistischen marktfundamentalen Vorstellung verbinden: Auf der einen Seite *der Markt*, der für Wirtschaft steht und auf der anderen Seite der *Nicht-Markt*. Dem Markt werden positive Eigenschaften wie Freiheit, Effizienz, Produktivität und Innovation zugeschrieben, Dem Nicht-Markt die negativen Gegenteile. Diese binäre Codierung wird normativ aufgeladen: der ‚gute Markt‘ versus dem ‚bösen Nicht-Markt‘. Aber: *Den Markt* in der Einzahl gibt es nicht. Es gibt unterschiedliche Märkte. Vielmehr ist *der Markt* eine Idee, eine Annahme und Norm. Die ‚Gesetze‘ und ‚Logik‘, die ihm unterstellt werden, sind keine naturwissenschaftlichen. Der Staat ist der negativ aufgeladene Nicht-Markt und dem Markt gegenübergestellt. Deshalb solle der Staat sich auf die Rahmenordnungen zurückziehen, aber nicht in die Wirtschaft eingreifen. Deshalb seien auch Staatsausgaben zurückzunehmen und schon aus diesem Grund Staatsverschuldungen abzulehnen.¹³

Seit den 1980er Jahren hat das neoklassische Denken als wirtschaftswissenschaftliche Legitimierung des Wirtschaftsliberalismus in der Wirtschaftspolitik stark zugenommen. Die Neoklassik entstand am Ende des 19. Jahrhunderts und versucht die Ökonomik deduktiv mit allgemeingültigen Aussagen zu beschreiben. Dabei geht sie von einem methodologischen Individualismus aus und beschreibt die wirtschaftlichen Akteure als *Homo oeconomicus*, der rein zweckrational zum eigenen Vorteil, also im Sinne der Nutzen- und Gewinnmaximierung, handelt. Dies führte zu Privatisierungen, Zurücknahme des staatlichen Eingreifens, der Deregulierung und Ausweitung des Finanzmarktes sowie zu einem Zurückdrängen von Gewerkschaften und Sozialpartnern.¹⁴ In Europa habe sich – so Schulmeister – „der ‚neoliberale Smog‘ in den Köpfen der Eliten besonders stark ausgebreitet“¹⁵, was im Konnex zu Keynes Zitat (siehe oben), enorme Auswirkungen auf den öffentlichen Diskurs zeitigte. Wer anders denkt, gilt als Linker oder wirtschaftlich Unkundiger.¹⁶

13 Vgl. Ötsch, Mythos Markt, 26–46.; Mazzucato, Wie kommt der Wert in die Welt?, 96–108, 122–128.

14 Vgl. Schulmeister, Die große Krise.

15 Schulmeister, Mitten in der großen Krise, 19.

16 Dabei wird u.a. übersehen, dass gerade die katholische Soziallehre sich immer zwischen planwirtschaftlichen und wirtschaftsliberalen Ideen positioniert hat. Empfehlenswert dazu: Nell-Breuning, Kapitalismus; Nell-Breuning, Gerechtigkeit und Schulmeister, Neoliberalismus.

2.2 Heterodoxe Ökonomik und Sozioökonomik

Ohne Staat gibt es keine Märkte, keine Institutionen und keinen Schiedsrichter. Der Staat muss für Regeln sorgen, welche erst die Märkte ermöglichen.¹⁷ Das Eingreifen des Staates führt zu Umverteilung und Investitionen, die ansonsten nicht getätigt werden, und sorgt für Wertschöpfung.¹⁸ Die Pandemie zeigt auf drastische Weise, wie sehr Gesellschaft und Wirtschaft vom Staat abhängig sind und weiters, was die Einbettung der Wirtschaft in Gesellschaft und Natur tatsächlich bedeuten kann.

Neben dem Mainstream gibt es heute eine große Anzahl von sogenannten heterodoxen Zugängen.¹⁹ Ökonom*innen dieser Theorien bezweifeln – in unterschiedlichen Ausprägungen – die Wirkmacht der Märkte und stellen Fragen zu Effizienz und Gerechtigkeit. Zwei dieser heterodoxen Theorien werden in Kapitel 5 im Kontext der Schulden aufgegriffen.

Die sozioökonomische Perspektive versteht Wirtschaften nicht nur auf Märkte eingegrenzt, sondern als Versorgen, das auch außerhalb von Märkten stattfindet. Die Ökonomie wird als in Gesellschaft, Kultur und Natur eingebettet verstanden. Das Soziale, Ethische und Politische wird zu Bestandteilen des ökonomischen Handelns, wie Amitai Etzioni in seinem Werk *The Moral Dimension* ausführt. Neben den intraökonomischen Faktoren sind auch die außerökonomischen relevant: „Much of what is occurring within the economy is best explained by attributes and processes that occur outside of it.“²⁰ Er beschreibt mit seinem *I&We Paradigm*, dass der Mensch nicht nur auf sein Eigeninteresse sieht, sondern auch moralischen Ansprüchen gerecht werden möchte, eine Einsicht, die auch heute Gültigkeit hat: „Nur wenn das marktwirtschaftliche ‚Individualprinzip‘ des persönlichen Vorteilsstrebens durch ein durchdachtes ‚Sozial- und Humanitätsprinzip‘ ausgeglichen wird, können freiheitliche Staaten gelingen“²¹.

In der Öffentlichkeit scheinen weder die sozioökonomische Perspektive noch andere Sidestreams wahrgenommen zu werden – selbst Studierenden

17 Vgl. Lavoie, Post-Keynesian Economics, 12.

18 Vgl. Mazzucato, Wie kommt der Wert in die Welt?, 249–345. Sie zeigt auf, wie unterbelichtet die Rolle des Staates bei Innovationen eigentlich ist und wie wenig die kollektive Rolle und seine Wertschöpfung wahrgenommen werden.

19 Einen guten Überblick gibt die Website www.exploring-economics.org.

20 Etzioni, The Moral Dimension, 40.

21 Precht, Von der Pflicht, 141.

sind diese Zugänge kaum bekannt.²² Das wirtschaftliche Denken ist vom Mainstream bestimmt.

3. Aktuelle wirtschaftliche Herausforderung: Schulden, Rezession und Arbeitslosigkeit in Zahlen

Die Wirtschaft schlitterte aufgrund der Pandemie-Maßnahmen in eine Rezession, das Budgetdefizit und die Arbeitslosenzahlen nahmen zu (Abb. 1). Die Staatsschulden stiegen auf 83,9 Prozent des BIP (siehe Abb. 2).²³ Die Wirtschaftsleistung (reales BIP) ging 2020 um 6,6 Prozent zurück. Damit fiel sie stärker als zur Finanzkrise im Jahr 2009 (-3,8 Prozent). Die nationale Arbeitslosenquote stieg auf 9,9 Prozent an. Höhere Werte konnten durch Kurzarbeit verhindert und das Einkommen gestützt werden. Dennoch ging der Konsum zurück und erhöhte die Sparquote auf 14,5 Prozent.²⁴ Die Staatsausgaben führten zu einem Budgetdefizit in der Höhe von 8,9 Prozent des BIP.

Das WIFO berechnete zwei Szenarios für die Weiterentwicklung: „Im Öffnungsszenario wächst das BIP 2021 um $2\frac{1}{4}$ % und 2022 um $4\frac{1}{4}$ % ($1\frac{1}{2}$ % bzw. $4\frac{3}{4}$ % im Lockdown-Szenario)“²⁵. Demnach würde die Arbeitslosenquote

[...] erst 2025 wieder das Vorkrisenniveau von 7,5 % erreichen. Das Budgetdefizit beträgt im Öffnungsszenario 2021 7,1 % und sinkt bis 2025 auf 2,5 % (Lockdown-Szenario 2021: 7,7 %, 2025: 2,8 %). Die Staatsschuldenquote betrug 2020 84 % und wird bis 2025 auf voraussichtlich rund 86 % ansteigen.²⁶

22 Vgl. Schweitzer-Krah/Engartner, Die Pluralismusdebatte der Ökonomik aus Stu- dierendensicht.

23 Vgl. Statistik Austria, Website.

24 Vgl. Baumgartner et al., Stärkster BIP-Einbruch seit 1945, 298–303.

25 Baumgartner/Kaniovski: Update der mittelfristigen Prognose, 282.

26 Baumgartner/Kaniovski: Update der mittelfristigen Prognose, 282.

Abb. 1: Reales Wachstum, Arbeitslosenquote und Budgetdefizit in Prozent 1995–2020 (Quelle: Statistik Austria 2021, eigene Darstellung)

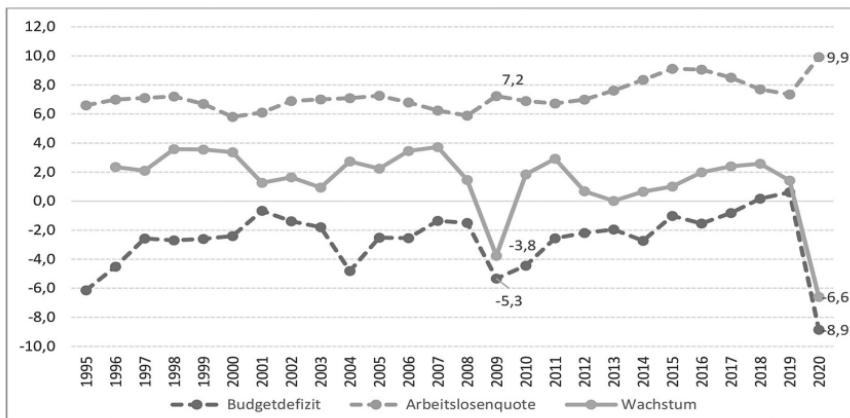
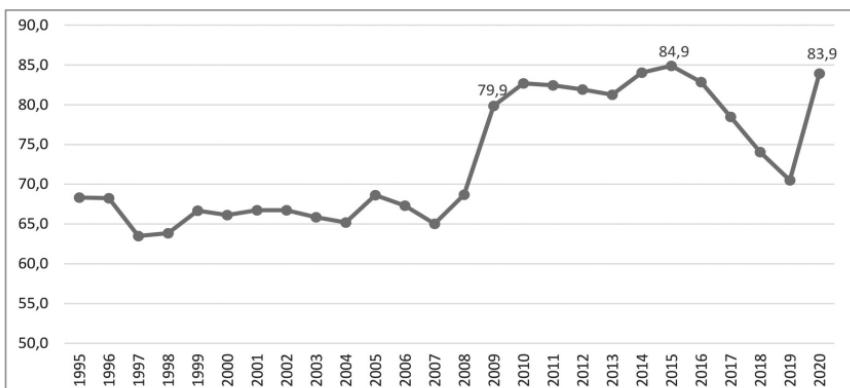


Abb. 2: Staatsverschuldung in Prozent des BIP 1995–2020 (Quelle: Statistik Austria 2021, eigene Darstellung)



In den westlichen Industrieländern lag die Verschuldungsquote in den 1970er Jahren unter 40 Prozent, stieg in den 1990er Jahren auf 70 Prozent und nach der Finanzkrise auf ca. 100 Prozent an.²⁷ Die Pandemie wird einen weiteren Schub bringen, für Griechenland wird die Quote auf 207,2

27 Vgl. Haffert, Freiheit von Schulden, 15.

Prozent, für Italien auf 159,6 Prozent, und für Portugal auf 135,2 Prozent für das Jahr 2020 geschätzt.²⁸

4 Wie kommt das Geld in die Welt? Durch Schulden!

„Wie entsteht Geld?“ werden Wirtschaftsakteure im Film *Oeconomia* von Carmen Losmann gefragt und sie sind ob dieser Frage irritiert. Wenn wir an Geld denken, dann kommen uns meist Banknoten in den Sinn und damit auch die Vorstellungen von einem bestimmten Geldbestand. Banknoten machen nur ca. zehn Prozent der Geldmenge aus. 90 Prozent sind Girogeld, also Buchgeld auf Konten. Banknoten darf nur die Zentralbank drucken und ausgeben. Sie bringt es über die Geschäftsbanken in Umlauf. Wenn diese Banken Bargeld benötigen, dann nehmen sie einen Kredit bei der Zentralbank auf – machen also Schulden – und geben Wertpapiere als Sicherstellung. Sie erhalten Bargeld (Vermögen) und gehen dafür eine Schuld ein. Für die Zentralbank ist das Bargeld eine Schuld, die Wertpapiere sind Vermögen. Neben dem Bargeld benötigen die Geschäftsbanken auch Reserven in Form von Buchgeld von der Zentralbank. Auch das erhalten sie durch Kredite bei der Zentralbank. Diese Reserven zählen nicht zur Geldmenge und werden für Zahlungen zwischen den Geschäftsbanken untereinander und mit der Zentralbank verwendet. Neun Zehntel der Geldmenge schöpfen die Geschäftsbanken durch Vergabe von Krediten. Schulden tragen also unser Geldsystem. Das bedeutet, dass Staatsschulden auch unser Geldvermögen erhöhen.

4.1 Der Zusammenhang von Schulden und Girogeldschöpfung

Wenn Kredit bei Geschäftsbanken aufgenommen wird, dann werden nicht – wie oftmals falsch dargestellt – Spareinlagen an die Kreditnehmer weitergegeben. Vielmehr entsteht bei der Kreditaufnahme neues Geld, das aus dem Nichts geschaffen wird. Es entstehen gleichzeitig eine Forderung und Verbindlichkeit. Die Bank verbucht eine Kreditforderung als Vermögenswert und gleichzeitig eine Einlage als Schuld der Bank gegenüber der Kundschaft. Der Vorgang der Geldschöpfung ist nichts anderes als das Eintippen von Zahlen in einen Computer, einmal als Forderung, einmal als Verbindlichkeit.

28 Vgl. European Commission, Autumn 2020 Economic Forecast.

Eine Bank muss innerhalb des Euroraumes für einen Kredit eine Mindestreserve im Ausmaß von lediglich ein Prozent bei der Zentralbank halten. Zusätzlich muss sie beachten, dass sie alle Eigenkapitalvoraussetzungen nach Basel III einhält. Darüber hinaus verlangt die Bank Sicherheiten für den Kredit. Alles andere ist *Fiat Money*, also Geld, das aus dem Nichts geschöpft wird. Es macht also einen Unterschied, ob jemand privat bei einem Freund Geld ausleiht, oder bei der Bank. Der Freund gibt tatsächlich Erspartes weiter, die Bank jedoch schöpft aus dem Nichts. Banklizenzen werden daher sehr sparsam vergeben, weil es den Zentralbanken und Staaten klar ist, dass Banken eine unglaubliche wirtschaftliche Macht haben: Sie bestimmen die Geldschöpfung und das Wirtschaftswachstum.²⁹ Es stellt sich die Frage: Warum erhalten private Banken ein solches Privileg? Aber solche Diskussionen werden bemerkenswerterweise im Allgemeinen nicht geführt.

Wenn Kredite Bankeinlagen produzieren und nicht umgekehrt, dann ist die Vorstellung einer Geldpolitik, bei der die Zentralbank das Geldangebot kontrolliert, dessen Wachstum die Inflation bestimmt und die Banken als reine Finanzintermediäre auftreten (die das Ersparte an Kreditnehmer*innen weitergeben), zu hinterfragen. Es ist also nicht so, wie in vielen Broschüren (auch von Zentralbanken), Schul- und Lehrbüchern dargestellt wurde bzw. wird, dass es zuerst Einlagen benötige, die dann als Kredite an die Kreditnehmer*innen weitergegeben würden. Die Deutsche Bundesbank führt aus: „Tatsächlich wird bei der Kreditvergabe durch eine Bank stets zusätzliches Buchgeld geschaffen.“³⁰ Die Deutsche Bundesbank veränderte ihre Erklärungsmuster, um „deutlich zu machen, dass hinter der Schaffung von Buchgeld durch Geschäftsbanken nicht zwingend die vorherige Einwerbung von Kundeneinlagen stehen muss“. Warum wurde dies immer anders dargestellt? Weil die neoklassische Denkschule vorherrschte? Sollte Sparen als Tugend verstanden werden? Auch die Bank von England gestand nach der Finanzkrise ein, dass Kredite Einlagen schaffen und nicht Einlagen Kredite. Nochmals deutlich gesagt: Schulden schaffen Einlagen, Schulden ermöglichen Konsum und Investition! Schulden ermöglichen Wachstum und Wohlstand.³¹

29 Vgl. Mazzucato, Wie kommt der Wert in die Welt?, 159.

30 Deutsche Bundesbank, Häufig gestellte Fragen.

31 „In the modern economy, most money takes the form of bank deposits. But how those bank deposits are created is often misunderstood: the principal way is through commercial banks making loans. Whenever a bank makes a loan, it simultaneously creates a matching deposit in the borrower’s bank account, thereby creating new money.“ McLeay et al., Money creation, 14. Siehe ebenso:

4.2 Die Entstehung von Zentralbankgeld

Damit nun aber die Geschäftsbanken nicht alleine die Geldmenge – über die Nachfrage der Kreditnehmer und -nehmerinnen – in der Hand haben, gibt es nicht nur Girogeld, sondern auch Zentralbankgeld, das nur von den Zentralbanken geschöpft werden kann. Es besteht aus den Banknoten und den Reserven, die Geschäftsbanken bei der Zentralbank halten. Zur sogenannten *Geldmenge M3*, die für die Messung der Inflation relevant ist, zählen das Girogeld und die Banknoten sowie Spareinlagen und von Banken ausgegebene Geldanlagen, nicht aber das als Buchgeld vorhandene Zentralbankgeld. Zentralbankgeld dient dem Zahlungsverkehr der Banken untereinander und mit der Zentralbank. Es kann nur von Zentralbanken geschaffen werden. Erhöht sich die Zentralbankgeldmenge, bedeutet das nicht automatisch, dass sich die Geldmenge erhöht.³²

Zentralbankgeld erhalten die Geschäftsbanken bei den Zentralbanken. Das wichtigste Instrument dafür ist das Hauptfinanzierungsgeschäft. Die Geschäftsbanken borgen sich kurzfristig Zentralbankgeld, geben Wertpapiere als Sicherheiten und zahlen dafür den Leitzins. Banken untereinander bezahlen mit Zentralbankgeld.³³ Die Zentralbank versucht, die Zentralbankgeldmenge durch die Leitzinsen und die Höhe der Mindestreserve zu steuern.

Die monetaristische Sicht des Mainstreams geht von der Quantitätstheorie des Geldes und der Steuerung durch den Leitzins und die Geldmenge aus. Aber die Geldmenge hängt wesentlich von der Kreditnachfrage und damit von der Konjunktur ab.³⁴

5 Staatsschulden

Der Staat hat mehrere Möglichkeiten zur Verschuldung: Er kann sich über die Zentralbank finanzieren (in der EU untersagt), Kredite bei Geschäftsbanken aufnehmen, Staatsanleihen ausgeben oder sich mit Krediten bei multilateralen Institutionen wie dem IWF oder der Weltbank verschulden. Schulden führen zu Zinszahlungen, welche das Budget einschränken. Hö-

Menschling, Verbot der monetären Haushaltsfinanzierung, 339; Deutsche Bundesbank, Geld und Geldpolitik, 78-84.

32 Vgl. Deutsche Bundesbank, Geld und Geldpolitik, 77–85.

33 Vgl. Deutsche Bundesbank, Geld und Geldpolitik, 73–78.

34 Vgl. Mensching, Verbot der monetären Haushaltsfinanzierung, 342; Lavoie, Post-Keynesian Economics, 57–73; Mazzucato, Wie kommt der Wert in die Welt?, 164.

here Schulden bedeuten aber auch mehr Geldschöpfung und damit mehr Handlungsspielraum.

5.1 Verschulden oder Sparen?

In der neoklassischen Lehre wird davon ausgegangen, dass es für das Investieren Erspartes benötigt. Sparen ist eine Tugend.

Dass Sparen eine Tugend sei, Verschuldung aber eine Sünde, zieht sich als Narrativ durch 5.000 Jahre Verschuldungsgeschichte (Graeber 2011). Keynesianische Fiskalpolitik stellt diese etablierte Norm auf den Kopf und erklärt, in Rezessionen sei Sünde Tugend und Tugend Sünde.³⁵

Die neoklassische Idee: Über den Kapitalmarkt treffen Sparen und Investieren zusammen und der Preis – der Zinssatz – führt dazu, dass Investieren und Sparen im Gleichgewicht sind. Das ist möglich, weil unterstellt wird, dass sowohl Sparen als auch Investieren vom Zinssatz abhängig sind. Keynes hat gezeigt, dass das nicht der Fall ist, denn Sparen ist nur zu einem marginalen Teil vom Zinssatz (der noch dazu wesentlich von der Zentralbank und nicht vom Markt bestimmt wird), sondern überwiegend vom Einkommen abhängig. Nur wenn das Einkommen groß genug ist, kann ein Teil davon gespart werden. Das vom Zinssatz unabhängige Einkommen ist das Ergebnis der Konjunktur, also des gesamtwirtschaftlichen Handelns. Überdies sind Investitionen nicht nur vom Zinssatz, sondern vor allem von Erwartungen abhängig. Somit kann dieser Markt gar nicht so funktionieren. Investieren hängt von den Erwartungen ab und schafft zusätzliches Einkommen, welches dann zum Sparen führen kann. Sparen ist nicht für das Investieren notwendig. Sparen ist vielmehr das Ergebnis des Investierens, aber nicht seine Voraussetzung. Da Sparen Konsumverzicht bedeutet und ein erheblicher Teil des BIP durch Konsumgüterproduktion entsteht, führt Sparen zu Produktionsrückgang. Makroökonomisch ist Sparen daher problematisch. Für eine einzelne Person hingegen kann Sparen sehr wohl sinnvoll sein.

Der Mainstream mahnt Sparpolitik ein, die Staaten sollen Budgetüberschüsse erwirtschaften. Überschüsse haben neben positiven Effekten auch negative, insbesondere handeln Überschussländer weiterhin sehr zurückhaltend, aus Angst wieder Spielraum zu verlieren. Letztlich stehen be-

35 Haffert, Freiheit von Schulden, 89.

stimmte ideologische Vorstellungen hinter den Einsparungen, die sich durch das öffentliche Sparen nicht ändern, denn die Ideologie bleibt nach dem Erreichen des Budgetziels aufrecht. Die gewonnenen Effekte kommen wieder bestimmten Gruppen zugute.³⁶

Dieselben Institutionen, die eine Bewahrung des Überschusses sicherstellen sollen, erschweren auch seine ausgabenseitige Verwendung; dieselben Ideen, die den ausgeglichenen Haushalt zum Fixpunkt verantwortungsvoller Fiskalpolitik erheben, misstrauen auch dem Staat als gestaltendem Akteur in der Wirtschaft; und dieselben Interessen, die von einer restriktiven Fiskalpolitik profitieren, profitieren auch von Steuersenkungen.³⁷

Anders gesagt: Hinter dem Sparen des Staates steht eine bestimmte wirtschaftliche Vorstellung, die sich durch die Erfolge nicht ändert.

5.2 *Die Wirkung von Staatsverschuldung*

Bereits in der Finanzkrise hat der damalige Leiter des WIFO, Helmut Kramer, ausgeführt, dass der ökonomische Mainstream weder die Krise vorhersehen, noch geeignete Mittel zur Krisenbewältigung bereitstellen konnte. „Der Keynesianismus kommt der Realität der Diagnose und Therapie einer solchen Krise näher als die Neoklassik. [...] Ein Mittel [...] ist die Ausbreitung der öffentlichen Nachfrage.“³⁸ Durch die Verschuldung des Staates wird ein Vermögensaufbau seiner Bürger*innen möglich:

Was in einer Volkswirtschaft jemand einnimmt, muss auch jemand ausgegeben haben. So entsteht bei der Produktion des BIP das Volkseinkommen (Y).³⁹ Es gilt also $BIP = Y$. Es werden Konsumgüter (C) und Investitionsgüter (I)⁴⁰ hergestellt. Daher gilt: $BIP = C + I$. Bei der Produktion entsteht das Y, das für Konsumieren (C) und Sparen (S) verwendet werden kann: $Y = C + S$. Somit gilt: $C + I = C + S$. Es gibt aber auch noch den Staat. Seine Ausgaben (G) erhöhen das BIP und das Einkommen muss

36 Vgl. Haffert, Freiheit von Schulden, 265.

37 Haffert, Freiheit von Schulden, 267.

38 Kramer, Wirtschaftskrise und Wirtschaftswissenschaft, 492.

39 Die Darstellung hier ist etwas vereinfacht. Ausführlicher vgl. z. B. Paetz, Geldtheorie und -politik, 70f.

40 Das sind Maschinen, Werkzeuge, Gebäude etc. Sie werden für die Herstellung von Konsumgütern oder anderen Investitionsgütern verwendet. Unternehmen fragen Investitionsgüter bei anderen Unternehmungen nach.

auch für Steuern (T) verwendet werden: $BIP = C + I + G$ und $Y = C + S + T$. Und daher gilt wiederum: $C + I + G = C + S + T$. Nach der Umformung ergibt sich: $(I-S) + (G-T) = 0$. Eine Gleichung, die ex post immer richtig ist. Erhöht der Staat nun die Ausgaben (G erhöht sich), dann muss im gleichen Ausmaß auch das Sparen steigen, damit die Gleichung stimmt. Übernimmt also der Staat z. B. die Finanzierung für Bildung, so ersparen sich die Bürger*innen diese Ausgaben und können diese sparen.⁴¹

Wenn Haushalte sparen, geht dies für den Konsum verloren. Konsum ist der größte Bestandteil des BIP. Weniger Konsum bedeutet weniger Nachfrage. Haushaltsdefizite entstehen, weil diese Nachfragelücke durch Sparen erzeugt wird, welche der Staat schließt.

Da diese Nachfragelücke in guten wie in schlechten wirtschaftlichen Zeiten besteht, erklärt sich die Tatsache, dass der Haushalt des Staates fast immer negativ ist. Von daher ist ein permanentes staatliches Defizit kein pathologisches Symptom, sondern eine makroökonomische Notwendigkeit, sofern das Ziel Vollbeschäftigung verfolgt wird.⁴²

Die neoklassische Lehre geht hingegen davon aus, dass es immer Vollbeschäftigung gibt, denn die freien Märkte geben die richtigen Signale an die Marktteilnehmer, sodass keine Unterbeschäftigung entstehen kann. Immer entspricht das Angebot der Nachfrage bei voller Auslastung. Keynes zeigte jedoch, dass es ein Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung gibt, dieses sogar den Normalfall darstellt. Durch Nachfrageerhöhung kann es beseitigt werden. Wenn diese Nachfrage nicht von Privaten geschaffen wird, ist es Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen.⁴³

5.3 Die Rolle des Staates

In der Rezession, wenn negative Erwartungen vorherrschen, wird wenig nachgefragt. Hier setzt Keynes an: In der Wirtschaft fragen Haushalte, Unternehmen, der Staat und das Ausland nach. Diese vier Akteure kön-

41 Dieser Effekt stimmt auch, wenn das Ausland mitgedacht wird. Der Export (X) erhöht die Produktion und der Import (M) reduziert das Einkommen. $C+I+G+X = C+S+T+M \rightarrow (I-S) + (G-T) + (X-M) = 0$. Solange Exporte und Importe gleich groß sind, gibt es keinen Unterschied zur Darstellung oben. Wird mehr exportiert, dann steigt dadurch entweder das Steueraufkommen oder das Sparen. Export kann also die Volkswirtschaft finanzieren. Bei Import ist der Effekt gegenläufig.

42 Ehnts, Geld und Kredit, 57.

43 Vgl. Kromphardt, Keynes, 40–50 und 73–106.

nen mit ihrer Nachfrage die Wirtschaft ankurbeln. Wenn aber in einer Rezession die Haushalte nicht über genügend Einkommen verfügen oder es aufgrund negativer Erwartungen nicht ausgeben (also sparen), die Unternehmen ebenso negative Gewinnerwartungen haben und das Ausland dieselben wirtschaftlichen Probleme hat, dann bleibt nur der Staat übrig, der über Kreditaufnahme für Nachfrage sorgen kann. Das ist im Kern die Keynesianische Idee: Der Staat greift ein, wenn die anderen Akteure zu wenig nachfragen und damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu gering ausfällt. Das sind die Lehren aus der Weltwirtschaftskrise. Und diese Situation ist in der Pandemie gegeben.

Die *Modern Monetary Theory (MMT)* kritisiert die Neoklassik vor allem in drei Punkten: Erstens entsteht Geld durch Kredite aus dem Nichts und nicht durch Weitergabe von Einlagen (siehe oben). Zweitens kann die Zentralbank nur den Leitzins festlegen, aber damit nicht wirklich die Geldmenge beeinflussen, denn die Geldmenge hängt von der Kreditnachfrage ab (siehe oben). Drittens kann ein Staat, der auf die Geldschöpfung der Zentralbank zurückgreift, nicht Bankrott gehen, weil er über seine Zentralbank Geld schöpfen kann, das er über Steuern wieder vernichtet. Diese Schulden des Staates ermöglichen Vermögen bei den Privaten (siehe oben). Schließlich kritisiert die Theorie damit den institutionellen Aufbau der Eurozone, weil sie den Staaten ihre souveräne und privilegierte Geldschöpfung nimmt und sie dadurch Privaten gleichstellt, die sich auf Finanzmärkten finanzieren müssen.⁴⁴ Dass die EU seit der Finanzkrise durch unterschiedliche Konstrukte versucht, diese rechtlichen Einschränkungen zu umgehen, um die Stabilität der Staatsfinanzen zu bewahren, scheint indirekt diese These zu bestätigen.

Die MMT argumentiert, dass in einem Staat, der autonom über seine Geldpolitik entscheidet, Finanzministerium und Zentralbank in Zusammenarbeit Geld schöpfen. „Das heißt aber nicht, dass auch nur irgendeiner von uns [die Vertreter*innen der MMT, Anm. des Autors] generell für höhere Defizite plädiert.“⁴⁵ Vielmehr gehe es – so Ehnts – um ein Analyseinstrument, das neue Einblicke in das Geldsystem bringe.

Der Staat, welcher das Währungsmonopol hat, kann das Geldsystem durch das Zentralbankgeld steuern. Wenn der Staat Geld ausgibt, dann tut er dies im wahrsten Sinne des Wortes: Die Zentralbank in Kooperation mit dem Finanzministerium erzeugt Zentralbankgeld, das durch Staatsausgaben in das Bankensystem gelangt. Durch Steuern wird dem System

44 Vgl. Freitag, Modern Monetary Theory.

45 Häring, Modern Monetary Theory.

wieder Geld entzogen und Inflation bekämpft. Es sind also Staatsanleihen, Steuern und Staatsausgaben, welche den Wert des Geldes bestimmen. Auch wenn die MMT meint, erklären zu können, warum die Staatsschulden ständig steigen und dennoch die Inflation nicht, wird sie von Mainstream-Ökonom*innen heftig abgelehnt.⁴⁶

Die MMT argumentiert, dass in einem souveränen Währungssystem die staatlichen Ausgaben die Voraussetzung sind, damit Steuern bezahlt werden und nicht dass Steuern notwendig sind, um Staatsausgaben zu finanzieren! „Staatliche Ausgaben sind die Bedingungen für Steuerzahlungen, aber nicht andersherum.“⁴⁷ Nicht die Steuerzahler*innen, sondern der Staat finanziert die Ausgaben. „Der Ausgabenanstieg führte zu einer höheren Staatsverschuldung, aber nicht zu neuen Steuern oder höheren Steuersätzen.“⁴⁸ Demnach ergebe – so Ehnts⁴⁹ – die Frage, wer die Covid-19-Maßnahmen finanzieren solle, keinen Sinn, denn der Staat habe die Ausgaben bereits getätigt. Damit sind Geldwerte und Einkommen entstanden, die durch Steuern wieder entzogen werden.

5.4 Verschuldung in der EU

Anders sieht das in der EU aus: Vier Normen sind für die EU im Kontext ihrer Wirtschaftspolitik grundlegend:⁵⁰ 1) Das Nicht-Beistandsgebot (Artikel 125 AEUV) besagt, dass kein Staat für die Schulden eines anderen haf tet. 2) Das Verbot der monetären Staatsfinanzierung (Artikel 123 AEUV) untersagt die Finanzierung über die EZB und die Zentralbanken. „Die früher verbreitete (privilegierte) Refinanzierung der öffentlichen Hand durch die nationalen Zentralbanken ist [...] untersagt.“⁵¹ 3) Verfahren im Geiste der Solidarität sind bei gravierenden Schwierigkeiten möglich (Artikel 122). 4) Nach Artikel 136 III (AEUV), eingeführt zur Bewältigung der Finanzkrise, können die Mitgliedstaaten der Eurozone „einen Stabilitätsmechanismus einrichten, der aktiviert wird, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt zu wahren“.

Es gilt also das Verbot der monetären Haushaltsfinanzierung. Will ein Staat sich finanzieren, muss er wie ein Unternehmen auf den Finanzmarkt.

46 Vgl. Freitag, Modern Monetary Theory.

47 Ehnts, Geld und Kredit, 83.

48 Ehnts, Geld und Kredit, 84.

49 Vgl. Ehnts, Geld und Kredit, 84.

50 Vgl. Meyer, Next Generation EU, 19.

51 Geiger et al., EUV/AEUV, 520.

Die Idee dahinter: Die Mitgliedsstaaten sollen sich nicht zu sehr verschulden können und keiner von ihnen soll die Zentralbankgeldmenge und Giralgeldmenge von sich aus erhöhen dürfen. Die Sorge dahinter ist eine mögliche Inflation durch zu viel Geld im Umlauf. Wenn aber Staaten in finanzieller Bedrängnis sind, stellt sich die Frage, wie sie sich finanziell überhaupt helfen können, wenn die Zentralbank nicht als *Lender of Last Resort* auftreten darf. Wie gehen Staaten vor, die Nachfrage schaffen wollen, um die Wirtschaft anzukurbeln? Es stehen trotz des Verbots der monetären Haushaltfinanzierung Möglichkeiten offen, Geld zu schöpfen:⁵²

- 1) Staaten können – wie alle anderen Akteur*innen auch – Kredite bei Geschäftsbanken aufnehmen. Dadurch erhöht sich durch Geldschöpfung die Giralgeldmenge.
- 2) Sie können Staatsanleihen am Finanzmarkt emittieren, die an große Banken verkauft werden. Diese Zahlungen laufen entweder über Girokonten oder Zentralbankkonten, das ist von Staat zu Staat unterschiedlich.
 - 2a) Wenn es sich um Girokonten handelt, dann wird neues Giralgeld geschöpft. Der Staat bekommt Geld, das es vorher nicht gab. Es wurde also Geld geschöpft.
 - 2b) Müssen die Banken mit Zentralbankgeld bezahlen, läuft die Sache umständlicher ab, führt aber zum selben Ergebnis. Zentralbankgeld ist ein Vermögenswert der Bank. Bezahlt die Bank nun mit Zentralbankgeld, dann bekommt sie dafür ein neues Vermögen, nämlich die Staatsanleihen. Es erfolgte also ein Vermögenstausch – die Bank ist weder ärmer noch reicher geworden. Für das ausgegebene Zentralbankgeld hat sie jetzt die Staatsanleihen erhalten. Der Staat aber verwendet das ausbezahlte Zentralbankgeld für seine Staatsausgaben und dieses fließt den Banken für juristische und natürliche Personen (Kundschaft der Banken) wieder zu. Jetzt kommt es zu einer Bilanzverlängerung bei den Banken und sie haben nun mehr Zentralbankgeld als Vermögen zur Verfügung und gleichzeitig entstehen auf der Passiva das Guthaben jener Personen, welche Zahlungen empfangen haben – es wurde jetzt über einen Umweg auch Giralgeld geschöpft. Auch über den Verkauf von Staatsanleihen steigt die Geldmenge.

Diese Punkte zeigen etwas ganz Wesentliches auf: Trotz des Verbotes nach Artikel 123 können die Staaten der Eurozone Geld schöpfen. „Das Ver-

52 Vgl. Mensching, Verbot der monetären Haushaltfinanzierung, 342.

bot der monetären Haushaltsfinanzierung lässt sich folglich nicht damit begründen, dass auf diese Weise eine Schöpfung neuer Zahlungsmittel bei der Finanzierung staatlicher Defizite unterbunden werden könnte.“⁵³ Selbst in der EU können die Staaten über die Zentralbanken Geld schöpfen.

Kurzum: Staaten können sich immer finanzieren, auch innerhalb der EU, trotz Verbot der Haushaltsfinanzierung. Es wird klar, warum es den Stabilitätspakt gibt, der darauf abzielt, dass die Staatsschulden nicht höher als 60 Prozent des BIP und das Budgetdefizit nicht höher als drei Prozent des BIP sein dürfen. Er liefert auf Basis von Artikel 126 eine Verschuldungsbremse und paradoxerweise soll dies für Stabilität und Wachstum sorgen. Aber gerade der Stabilitätspakt verunmöglicht in Rezessionen das Wachstum, weil dem einzigen verbleibenden Akteur, der für Nachfrage sorgen könnte – dem Staat – diese Möglichkeit genommen worden ist. So fehlt dann diese Nachfrage. Das bedeutet Arbeitslosigkeit, schlecht ausgestattete Krankenhäuser, veraltete Infrastruktur, fehlende Investitionen in grüne Technologie etc. So fordert auch der EU-Kommissar Johannes Hahn eine Reform des Stabilitätspakts, denn es sei

nicht mehr zielführend, allen Ländern gleichzeitig ständig vorzuhalten, dass sie sich an eine Obergrenze bei der Gesamtverschuldung von 60 % des BIP halten müssen. [...] Insbesondere hochverschuldete Länder sollten zunächst nicht nur auf Schuldenabbau fokussieren müssen, sie brauchen auch ausreichende Mittel für staatliche Investitionen, die dann über höheres Wirtschaftswachstum zu mehr Einnahmen und einer Verringerung der Schuldenlast führen.⁵⁴

5.5 Pandemie und Verschuldung in der EU

Durch das *Pandemic Emergency Purchase Programm (PEPP)*, bei dem Staatsanleihen aufgekauft und damit Zentralbankgeld ausgegeben wird, kann die EZB auch die Zahlungsfähigkeit sicherstellen.⁵⁵

Im neuen Finanzrahmen der EU (2021 bis 2027) ist ein Sonderhaushalt *Next Generation EU (NGEU)* auf Basis von Artikel 122 AEUV vorgesehen, der einen Strukturbruch in Richtung Fiskalunion bedeutet. Für die bisherigen Krisen hat die EU unterschiedliche Rettungsschirme installiert, u. a.

53 Mensching, Verbot der monetären Haushaltsfinanzierung, 342f.

54 Hahn, für Aufweichung der Grenze von 60 Prozent.

55 Vgl. Deutsche Bundesbank, Geld und Geldpolitik, 189.

den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der eine internationale Finanzinstitution eigener Rechtspersönlichkeit ist. Die NGEU hilft jenen Staaten, die ernsthafte Schwierigkeiten bei der Finanzierung über den Kapitalmarkt bekommen könnten. Erstmals nimmt die EU Kredite auf (750 Mrd. Euro), die auf dem EU-Haushalt gründen, zu deren Tilgung auch EU-Steuern herangezogen werden können. Die EU würde eine Steuererhöhung bekommen und damit zur Fiskalunion werden.⁵⁶ Unter diesen Gesichtspunkten ist meines Erachtens auch das Statement von Johannes Hahn zu verstehen (siehe oben): Es müssten auch für hoch verschuldete Länder genügend Mittel für notwendige staatliche Investitionen zur Verfügung stehen. Staatsausgaben führen zu höherem Wirtschaftswachstum und diese zu mehr Einnahmen, welche wiederum die Schuldenlast verringern.⁵⁷ Das klingt nach einem Keynesianischen Zugang.

6. Fazit

In öffentlichen Diskurs scheint die Austeritätspolitik vorzuerrschen – die Pandemie hat sie derzeit in den Hintergrund gedrängt. Wie wird sich aber die Wirtschaftspolitik entwickeln, wenn die Pandemie einigermaßen überwunden ist? Es scheint durchaus möglich, dass den staatlichen Hilfsprogrammen ein Sparprogramm auf mehreren Ebenen folgen wird. Die Erfahrungen aus der Finanzkrise weisen in diese Richtung.

Neben der Pandemie wartet aber ein zweites Thema darauf, wirtschaftspolitisch gelöst zu werden: die Klimakrise. Dafür stehen ebenso Investitionen an.

Das bedarf eines Umdenkens: Die Bedeutung des Staates sollte in Politik und Gesellschaft wieder gestärkt werden. Die Verantwortung des Staates in seltsamen Zeiten und darüber hinaus liegt darin, dort wirtschaftlich einzugreifen, wo Private das nicht tun. Es könnte auch bedeuten, über Verschuldung nachzudenken und neue Wege verantwortungsvoll zu gehen. Die Vorstellung von der schwäbischen Hausfrau ist ein unzutreffendes Bild. Sparen, das für den Einzelnen wichtig ist, muss für das Gesamte nicht stimmen. Jedenfalls ist das Ersparte nicht notwendig, um damit Kredite vergeben zu können. Geld wird aus dem Nichts geschöpft.

56 Vgl. Meyer, Next Generation EU, 17.

57 Vgl. Hahn, für Aufweichung der Grenze von 60 Prozent.

1936 beschrieb Keynes bereits, dass die Nachfrage in der Rezession erhöht werden müsse. Diese Erkenntnis taucht in Krisen auf, um danach wieder zu verschwinden. Der Fiskalrat empfiehlt:

Nach Ende der COVID-19-Pandemie muss ein geordneter und konjunkturgerechter Rückzug des Staates aus temporären Hilfs- und Konjunkturbelebungsmaßnahmen erfolgen, um wieder eine nachhaltige Budgetpolitik zu erreichen. [...] Zur Erreichung von langfristigen Zielen sollten ‚grüne‘ Investitionen nicht nur zur Senkung von CO₂-Emissionen zur Erreichung der im EU-Rechtsrahmen verankerten Zielvorgaben, sondern auch verstärkt zur Konjunkturbelebung genutzt werden.⁵⁸

Wie diese Empfehlungen umgesetzt werden, hängt von den wirtschaftlichen Anschauungen ab. Vielleicht kann ein umfassender Blick auf Staats Schulden neue Möglichkeiten eröffnen, vor allem da deutlich geworden ist, dass mehr Schulden auch mehr Geld und damit mehr Mittel für Investitionen bedeuten. Ob ein solches System jedoch überhaupt tragfähig bleibt, ist eine andere Frage.

Literatur

Baumgartner, Josef/Bierbaumer, Jürgen/Bilek-Steindl, Sandra/Mayrhuber, Christine/Rocha-Akis, Silvia: Stärkster BIP-Einbruch seit 1945. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2020, in: WIFO Monatsberichte 4 (2021) 293–308.

Baumgartner, Josef/Kaniovski, Serguei: Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021 bis 2025, in: WIFO Monatsberichte 4 (2021) 281–292.

Becker, Gary Stanley: Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens, Tübingen: Mohr 1993.

Deutsche Bundesbank: Geld und Geldpolitik, Frankfurt am Main: Deutsche Bundesbank 2019.

Deutsche Bundesbank: Häufig gestellte Fragen zum Thema Geldschöpfung, in: <https://www.bundesbank.de/resource/blob/614528/7722969d34f6d4b355fd9ebdbd362601/mL/haeufig-gestellte-fragen-geldschoepfung-data.pdf> [20.05.2021].

Deutscher Ethikrat: Solidarität und Verantwortung in der Corona-Krise. Ad-hoc-Empfehlung (2020), in: <https://www.ethikrat.org/fileadmin/Publikationen/Ad-hoc-Empfehlungen/deutsch/ad-hoc-empfehlung-corona-krise.pdf> [07.01.2021].

58 Fiskalrat, Bericht über die öffentlichen Finanzen, 9.

- Ehnts, Dirk: *Geld und Kredit. Eine €-päische Perspektive*, Marburg: Metropolis ⁴2020.
- Etzioni, Amitai: *The Moral Dimension. Toward a New Economics*, New York: Free Press 1988.
- European Commission: Autumn 2020 Economic Forecast. General Government Data – Part II. Tables by series Autumn 2020 (2020), in: https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-performance-and-forecasts/economic-forecast/s/autumn-2020-economic-forecast_en [22.06.2021].
- Fiskalrat: Bericht über die öffentlichen Finanzen 2019 bis 2021, Wien: Fiskalrat 2020.
- Freitag, Nathalie: Modern Monetary Theory, in: Exploring Economics (2017), in: <https://www.exploring-economics.org/de/entdecken/modern-monetary-theory/> [21.05.2021].
- Geiger, Rudolf/Khan, Daniel-Erasmus/Kotzur, Markus: EUV/AEUV. Vertrag über die Europäische Union und Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Kommentar, München: Beck ⁵2010.
- Habermas, Jürgen: *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1998.
- Häring, Norbert: Modern Monetary Theory. Eine neue Geldtheorie spaltet die Wirtschaft, in: Handelsblatt online vom 16.03.2019, in: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/modern-monetary-theory-eine-neue-geldtheorie-spaltet-die-wirtschaft/24108180.html?ticket=ST-2884096-gNts4nClwgyijffFrv4VI-ap2> [28.06.2021].
- Haffert, Lukas: *Freiheit von Schulden – Freiheit zum Gestalten? Die Politische Ökonomie von Haushaltsüberschüssen. Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln*, No. 84, Frankfurt am Main: Campus 2015, in: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/181238/1/1028659261.pdf> [25.05.2021].
- Hahn, Johannes: Hahn für Aufweichung der Grenze von 60 Prozent bei Staatsverschuldung, Interview in ‚Der Standard‘ vom 01.05. 2021, in: <https://www.derstandard.at/story/2000126309158/hahn-fuer-aufweichung-der-grenze-von-60-prozent-bei-staatsverschuldung> [20.05.2021].
- Heidbrink, Ludger: Definitionen und Voraussetzungen der Verantwortung, in: Heidbrink, Ludger/Langbehn, Claus/Loh, Janina (Hrsg.): *Handbuch Verantwortung*, Wiesbaden: Springer 2017, 3–33.
- Jellinek, Georg: *Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. Ein Beitrag zur modernen Verfassungsgeschichte*. Leipzig: Duncker & Humblot ³1919.
- Keynes, John Maynard: *The General Theory of Employment, Interest, and Money*, New York: Prometheus 1997.
- Kramer, Helmut: Wirtschaftskrise und Wirtschaftswissenschaft, in: *WIFO Monatsberichte* 6 (2012) 485–496.
- Kromphardt, Jürgen: *John Maynard Keynes, Die größten Ökonomen*. München: UTB 2013.

- Lavoie, Marc: *Introduction to Post-Keynesian Economics. With a new Postface on the subprime financial crises*, Houndsミルズ: Palgrave Macmillan 2009.
- Mazzucato, Mariana: *Wie kommt der Wert in die Welt?* Von Schöpfern und Abschöpfern, Frankfurt am Main und New York: Campus 2019.
- McLeay, Michael/Radia, Amar/Thomas, Ryland: *Money creation in the modern economy*, in: *Bank of England Quarterly Bulletin Q1 (2014)* 14–27.
- Menschling, Christopher: Das Verbot der monetären Haushaltfinanzierung in Art. 123 Abs. 1 AEUV – eine kritische Bestandsaufnahme, in: *Europarecht (EuR) 49/3 (2014)* 333–345.
- Meyer, Dirk: *Next Generation EU. Neues Eigenmittelsystem weist in eine Fiskalunion*, in: *Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (EuZW) 32/1 (2021)* 16–22.
- Nell-Breuning, Oswald von: *Gerechtigkeit und Freiheit. Grundzüge katholischer Soziallehre*, München: Europa 21985.
- Nell-Breuning, Oswald von: *Kapitalismus – kritisch betrachtet. Zur Auseinandersetzung um das bessere „System“*, Freiburg usw.: Herder 1974.
- Neuhold, Leopold: *Momente der Krise und die katholische Soziallehre. Aufforderung zum Tieferblicken anlässlich des Erscheinen von „Caritas in veritate“*, in: Poier, Klaus (Hrsg.): *Wirtschaftskrise und Katholische Soziallehre. 30 Jahre Neugründung des Dr.-Karl-Kummer-Instituts in der Steiermark*, Graz: Verein für Sozial- und Wirtschaftspolitik 2009, 15–26.
- Ötsch, Walter Otto: *Mythos Markt. Mythos Neoklassik. Das Elend des Marktfundamentalismus*, Marburg: Metropolis 2019.
- Paetz, Michael: *Geldtheorie und -politik*, in: Universität Hamburg, Fakultät für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften 2020, in: <https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-vwl/ueber-den-fachbereich/mitglieder/paetz-michael/daten/geldtheorie/geldtheorie-2020-skript.pdf> [21.05.2021].
- Precht, Richard David: *Von der Pflicht. Eine Betrachtung*, München: Goldmann 2021.
- Robbins, Lionel Charles: *An Essay on the Nature and Significance of Economic Science*, London: Macmillan 1932.
- Schulmeister, Stephan: *Die große Krise – Anmerkungen zu Diagnose und Therapie*, in: *Wirtschaftspolitische Blätter 56/3 (2009)* 377–388.
- Schulmeister, Stephan: *Mitten in der großen Krise. Ein „New Deal“ für Europa*, Wien: Picus 2010.
- Schulmeister, Stephan: *Neoliberalismus, Katholische Soziallehre und gesamtwirtschaftliche Effizienz*, in: *Wirtschaftspolitische Blätter 45/5 (1998)* 450–457.
- Schweitzer-Krah/Engartner, Tim: *Die Pluralismusdebatte der Ökonomik aus Studierendensicht. Ergebnisse einer schriftlichen Befragung an deutschen Hochschulen*, in: Fridrich, Christian/Hedtke, Reinhold/Tafner, Georg: *Historizität und Sozialität in der sozioökonomischen Bildung*, Wiesbaden: Springer VS 2019, 107–130.
- Scott, William R.: *Institutions and organizations: Ideas, Interests, and Identities*, Thousand Oaks, California: Sage 2001.

- Statistik Austria: Website der Statistik Austria, in: <https://statistik.at> [15.06.2021].
- Tafner, Georg: Pluralismus und der Wunsch nach Eindeutigkeit. Über die Bedeutung von Anschauungen und Ambiguitätstoleranz für die sozioökonomische Bildung, in: Fridrich, Christian/Hagedorn, Udo/Hedtke, Reinhold/Mitnik, Philipp/Tafner, Georg: Wirtschaft und Gesellschaft. Herausforderungen für Sozioökonomie sowie sozioökonomische und politische Bildung, Wiesbaden: Springer VS Wissenschaft [im Erscheinen].
- Wöhe, Günter/Döring, Ulrich: Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, München: Vahlen²⁵2013.